

## **Das staatliche Management der Pandemie ist die verstärkte Fortsetzung der zehnjährigen Politik der "Memoranden" unter einem anderen Namen**

*Von neuen Einhegungen zugunsten der kommerziellen Universität bis zu direkten Lohnkürzungen · unbezahlten Überstunden · Verhinderung von Streiks · dem Verbot öffentlicher Versammlungen und der allgegenwärtigen Polizeipräsenz*

Versammlung gegen Biomacht & Einsperrung, 26. November 2020

Contact us:

<https://againstbiopowerandconfinement.noblogs.org/>

koinonika.antisomata@autistici.org

fb: Ιστορίες Προλεταριακής Κλεισούρας

*"Wir stehen vor vielen Herausforderungen gleichzeitig, aber ich möchte meine absolute Zufriedenheit mit der Arbeitsweise unserer parlamentarischen Gruppe zum Ausdruck bringen. **Es ist sehr wichtig, dass der Reformplan der Regierung auf keinen Fall durch Covid gestoppt wird.**"*

K. Mitsotakis. Ministerpräsident, 3. November 2020 auf twitter

*- „Europa sagt etwas sehr Einfaches: "Gebt nach euren Möglichkeiten aus, nicht alles, was ihr habt. Was wir jetzt ausgeben, sind zukünftige Steuern.“*

**Frage:** *„Mit anderen Worten: Schließen Sie auf lange Sicht ein neues Memorandum mit neuen Steueranpassungen nicht aus, wenn wir jetzt [von den EU-Vorgaben] abweichen?*

*- Und das wird nicht in ferner Zukunft der Fall sein, weil die Märkte stark reagieren, wenn sie sehen, dass es keine verantwortungsvolle Haushaltsführung gibt.*

T. Skylakakis. stellvertretender Finanzminister, 21. September 2020 im Radiosender "alpha 98.9fm"

Die neue Abriegelung ist ein Aspekt einer bereits **jetzt** ziemlich unerträglichen und erstickenden Realität. Die viel gepriesene Rückkehr zur "Normalität", d.h. zur kapitalistischen Normalität, wurde im Namen des Schutzes der wertvollsten Ware für das Kapital, unserer wertschöpfenden Arbeitskraft, unter der Last der täglich steigenden Zahl von Covid-19-Krankenhausaufenthalten und nach Jahren des systematischen Abbaus der öffentlichen Gesundheitsinfrastruktur erneut unterbrochen.

Nachdem es der Regierung im vergangenen Frühjahr gelungen war, die Praxis und Ideologie der "individuellen Verantwortung" und des "verantwortungsvollen Zu-Hause-Bleibens" teilweise zu festigen - eine Ideologie, die sogar ein großer Teil der Linken und des anarchistischen/antiautoritären Milieus eilig übernommen hatte -, kehrt sie nun zu diesem taktischen Manöver zurück, um die bereits begonnene Debatte um das zentrale Ziel der staatlichen Bewältigung der Pandemie umzuleiten: den größtmöglichen Teil der finanziellen Kosten für die Bewältigung der Pandemie auf unseren Rücken abzuwälzen.

Allerdings mit einem wichtigen Unterschied. Die derzeitige Anwendung der Einschluss-Biopolitik wird von einer Verschärfung der Disziplinarmaßnahmen begleitet (z.B.

Verdoppelung der Geldstrafen und die Einführung einer Ausgangssperre nach 21 Uhr). Auch eine Eskalation der repressiven Gewalt. Ein Beispiel dafür ist die gleichzeitige Räumung der historischen Polytechnischen Schule im Athener Stadtzentrum, die von illegalen Einwanderern besetzt und vom [linken] "Milieu" für ihre Versammlungen und öffentlichen Veranstaltungen genutzt worden war und des von Studenten besetzten Rektorats der Nationalen Technischen Universität Athen. Und durch die brutalen Angriffe von tausenden Bereitschaftspolizei und Antiterrorereinheiten auf Demonstranten am 17. November. Diese repressive Gewalt wurde in Gang gesetzt, weil es für die Regierung mittlerweile schwierig geworden ist, die Entscheidung des Staates für eine Abriegelungspolitik als eine vermeintlich unparteiische Behandlung eines "öffentlichen Gesundheitsproblems" darzustellen. Eine Politik, die in einem politischen Vakuum und ungeachtet der meist spontan ausbrechenden, aber dennoch vorhandenen Reaktionen gegen die hygienische Verschärfung der sozialen Disziplin beschlossen wurde.

Die Regierung kann nicht verbergen, dass selbst die begrenzten proletarischen Forderungen und Widerstandsaktionen, die in den letzten Monaten geäußert wurden, vom kapitalistischen System nicht toleriert werden können, weil sie im Widerspruch zur zehnjährigen Strategie aller politischen Lakaien des Kapitals stehen (heute die rechte Fraktion, gestern eine andere).

Sie kann nicht mehr unter die legitimierende Bettdecke des "Schutzes der öffentlichen Gesundheit" schlüpfen, und mit ihm den Einsatz der Abriegelung als Präventivmaßnahme gegen den Ausbruch sozialer Unruhen und die Verallgemeinerung von Forderungen und Praktiken der Erfüllung sozialer Bedürfnisse verschleiern. Wir empfehlen daher, wenn auch nur ein einziges Mal, von Interpretationen Abstand zu nehmen, die das mystifizieren, was die politischen Bosse sehr gut zu kennen scheinen: den bestehenden Klassengegensatz, der ihre, wie auch unsere eigenen, Entscheidungen bestimmt, sofern wir nicht in den Dilemmata gefangen sind, die uns von diesen professionellen Experten der Täuschung präsentiert werden.

Aufgrund dieses unausgesprochenen Geheimnisses, das den Kern dieser nicht nur herzlosen, sondern auch kranken Welt bildet, hat das politische Personal des Kapitals beschlossen, einen Teil der kapitalistischen Wirtschaft vorübergehend stillzulegen, und zwar mit der für sie typischen Zurückhaltung und Verzögerung. Diese zeigte sich bspw. vor kurzem in der erklärten Weigerung, die Betriebsschließungen zu wiederholen, obwohl die Zahl der Covid-19 Krankenhausaufenthalte seit September 2020 im Vergleich zur Welle im Frühjahr dieses Jahres angestiegen war. Im Gegenteil, erst **nach** dem Ende der Tourismussaison zeigte sie ihre charakteristische Bereitschaft disziplinarisch die Einschränkung der Bewegung des Proletariats im öffentlichen Raum durchzusetzen, insbesondere für den Teil, der nicht als Arbeitskraft fungieren kann.

Die dystopischen Ergebnisse der alten und der neuen Abriegelung zeigen sich unter anderem in dem orchestrierten Versuch, die Bedingungen zu verschlechtern, unter denen sich die Arbeiterklasse an das Kapital verdingt (siehe unten das bevorstehende Arbeitsgesetz), in der Vertiefung des kommerziellen Charakters der Universität (siehe unten die unternehmerische Universität - die neue Umklammerung und Überwachung der Universitäten), in der bevorstehenden Übergabe von Arbeiterwohnungen an die Rentiers des Bankenkapitals (wie das neue Konkursgesetz zeigt). Und natürlich hat sie ab Mai keinen Moment lang aufgehört, alle Bemühungen um den Wiederaufbau der bereits zersplitterten und blutarmen proletarischen Öffentlichkeit zu untergraben.

Gleichzeitig glauben wir aber auch, dass die Entscheidung der Regierung, eine zweite Sperre zu verhängen, darauf zurückzuführen ist, dass sie ihre Politik zur Bewältigung dieser sozialen Krise nur unzureichend als eine rein medizinische Politik darstellen konnte. Der

zweite Lockdown ist ein Produkt der relativen Nichteinhaltung der früheren Disziplinarmaßnahmen, die uns im Rahmen der Biopolitik von der Gesundheitspolizei auferlegt wurden, sowie der Notwendigkeit einer autoritären Antwort auf:

a) die **Kämpfe von Teilen der Arbeiterklasse**, die sich vor allem in der Forderung nach einer Erhöhung der staatlichen Reproduktionsausgaben für Gesundheit, Bildung und Transportmittel ausdrückten - eine Erhöhung, die das kollektive Konsumniveau der Arbeiterklasse heben und die rigide Abwertungspolitik, die das Kapital insgesamt in den letzten Jahren betrieben hat, de facto negieren würde;

b) die **militanten Kämpfe des jungen Proletariats in den weiterführenden Schulen** (siehe Schulbesetzungen), die Forderungen nach einer Erhöhung der staatlichen Reproduktionsausgaben stellen; gleichzeitig blockieren sie durch ihre Aktionen vorübergehend den disziplinarischen Aspekt der Erziehungsfunktion [der Bildungseinrichtungen], unter anderem durch ihre widerspenstige "Überfüllung" der öffentlichen Räume (Plätze). Damit bewiesen sie, dass das Bedürfnis nach sozialer Zusammenkunft zwingender ist als jede Art von Distanzierung - außer der für uns notwendigen von den Anhängern des *Stay-at-home-ismus*;

c) das **allgemeine Misstrauen**, das (noch) durch die widersprüchlichen Beschwörungen der "Eigenverantwortung" und des "Abstandhaltens" hervorgerufen wird, während gleichzeitig offensichtlich wird, dass die Bosse sich hartnäckig weigern, tiefer in die Tasche zu greifen, um nicht nur Brosamen in Form von Zulagen für die beurlaubten Arbeitnehmer auszugeben, sondern auch die Ausgaben für neue Verkehrsmittel, Krankenhäuser und Schulen zu ersetzen.

Inzwischen wird das politische Personal des Kapitals auch von kleinen und mittelständischen Unternehmern, vor allem in der Gastronomie, aber auch im Einzelhandel - wo, wie viele von uns nur zu gut wissen, idyllische Ausbeutungsbedingungen herrschen - ständig mit dem allgemeinen Kapitalentwertungsprozess konfrontiert, der sie schließlich entweder durch die vorübergehende Einstellung ihres Geschäftsbetriebs ganz in die Knie zwingt oder zu Umsatzeinbußen führt.

Die Schließung der entfremdeten Vergnügungs- und Konsumstätten wäre von den Ladenbesitzern nicht lange geduldet worden, wenn sie nicht mit einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum verbunden gewesen wäre, um daran zu erinnern, dass die Befriedigung der Bedürfnisse des Proletariats, einschließlich seiner Unterhaltung, nur dann erlaubt ist, wenn sie für die Bosse unmittelbar profitabel ist.

Angesichts der vielen offenen Fronten fährt die Regierung dennoch mit unvermindertem Eifer mit einer Reihe von gesetzgeberischen Interventionen fort, denn, wie das Sprichwort sagt, der Teufel wird mit dem Sturm aktiv:

- Sie schränkt die Bewegungsfreiheit des widerspenstigen Proletariats ein und verhindert selbst mit Junta ähnlichen Polizeiverordnungen öffentliche Kundgebungen gegen den staatlichen Disziplinierungsmonolog - seien es Demonstrationen oder Flugblattaktionen und öffentliche Diskussionsveranstaltungen;
- Sie bereitet die Einführung neuer Einschließungen in den Universitäten vor, die die Entwicklung der kommerziellen Seite ihrer Aktivitäten beschleunigt und die (unbezahlte oder schlecht bezahlte) Arbeit der Studenten intensiviert;
- Sie bereitet einen neuen Angriff auf das Lehrpersonal in der Primar- und Sekundarstufe vor, indem sie einen Evaluierungsmechanismus einsetzt und Lohnkürzungen für all diejenigen vorsieht, die sich weigern, der Weisung des Ministeriums nachzukommen, auf den Fernunterricht umzusteigen und regelmäßige

Anwesenheitskontrollen bei Schülern durchzuführen, die den Fernunterricht schwänzen.

- Sie bereitet einen neuen Angriff auf die Einstellungsbedingungen unserer Arbeitskräfte vor, indem sie den Weg für individuelle Arbeitsverträge mit niedrigeren Löhnen, unbezahlten Überstunden, (noch) flexibleren Arbeitszeiten und elektronischer Stimmabgabe bei Urabstimmungen ebnet, um Streiks noch seltener zu machen, als sie heute sind.
- Sie bereitet einen neuen Angriff auf unseren indirekten Lohn vor, indem sie die Einnahmen der öffentlichen Versicherungskassen kürzt und den Weg für privat verwaltete, kapitalgedeckte Versicherungen und Renten ebnet - das heißt, für lächerlich niedrige Renten, die auf den individuellen Beiträgen jedes Arbeitnehmers beruhen;
- All dies, während sie bereits das neue "Konkursgesetz" eingeführt hat, mit dem sie den Angriff auf die Eigentumswohnungen der Arbeitnehmer, oder mit anderen Worten, auf die Löhne der Arbeitnehmer, fortsetzt.

Schauen wir uns einige dieser "Interventionen" genauer an

### **Das kommende Arbeitsgesetz**

*...das legale Arbeitszeiten aushebelt, Löhne senkt und Streiks verhindert*

*"Wenn ein Unternehmen mit seinen Mitarbeitern auf der Grundlage eines Geschäftsvertrages vereinbart, mit Zustimmung der Mitarbeiter von einer Fünf-Tage- auf eine Sieben-Tage-Woche umzustellen (...), dann tun wir nichts anderes, als die Tatsache anzuerkennen, dass wir in einer sich verändernden Welt leben und sich Arbeitnehmer, Unternehmen und der Staat an die neue Realität anpassen müssen."*

K. Mitsotakis, Premierminister, 12. Mai 2019

*"Wir werden in Kürze unseren Vorschlag für das Arbeitsgesetz zur öffentlichen Debatte vorlegen (...) Ich denke, nur wenige werden etwas dagegen haben, den Arbeitnehmern mehr Flexibilität zuzugestehen, wenn sie dies wünschen, ohne dass dies die Abschaffung des Achtstundentages bedeutet (...) nur wenige werden etwas dagegen haben, dass ein Arbeitsgesetz aus dem Jahr 1982 erheblich gestraft werden muss."*

K. Mitsotakis, 13. September 2020

Die Verschärfung der **Angriffe** auf unsere **direkten und indirekten** Löhne steht natürlich im Zusammenhang mit den Bemühungen, den Arbeitsmarkt noch flexibler zu gestalten. Das geschieht nicht nur durch *Notstandsgesetze* und -verordnungen unter dem Vorwand, das Coronavirus zu bekämpfen, sondern auch durch einen umfassenden neuen *Arbeitsgesetzesentwurf*. Das zuständige Ministerium versucht damit, das gesamte Gefüge der neuen Machtverhältnisse, die sich im vergangenen Zeitraum von 2010 ab bis heute an den Arbeitsplätzen herausgebildet haben und die die Straffreiheit der Arbeitgeber förderten, formell zu bestätigen und zu konsolidieren.

Es ist kein Zufall, dass wir dieses neue Arbeitsgesetz mit der Ära der Memoranden in Verbindung bringen. Genausowenig wie das jüngste krude Eingeständnis des stellvertretenden Finanzministers, Th. Skylakakis, dass *"die staatlichen Leistungen von heute, die im Strudel der Pandemie gewährt werden, durch künftige Steuern finanziert werden"*, ein Zufall, der auf diese Weise ein neues, hartes Memorandum vorwegnimmt.

Auf jeden Fall zielt das neue Arbeitsgesetz nach dem, was bisher durchgesickert ist, darauf ab:

- Die **vollständige Abschaffung der „acht Stunden an fünf Tagen“ - Arbeitswoche**, also der eigentlichen Grundlage des Arbeitsgesetzes. Die Chefs können nun die wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden beliebig verteilen, mit maximal 10 Stunden pro Tag ohne Zuschläge. Überstunden können nun innerhalb eines Zeitraums von 6 Monaten durch Pausen oder Urlaub "ausgetauscht" werden können, anstatt mit dem erhöhten Stundensatz nach bisherigem Recht bezahlt zu werden. Solche Abrechnungen waren bereits unter dem Gesetz Nr. 3986/2011 möglich, was jedoch entsprechende Unternehmenstarifverträge voraussetzte. Das neue Gesetz sieht vor, dass, wenn keine Einigung auf der Grundlage eines Unternehmenstarifvertrags erzielt wird, der Boss die Möglichkeit hat, einseitig den Obersten Rat für Arbeitsfragen anzurufen. Dabei handelt es sich um ein siebenköpfiges Gremium, von dem fünf Mitglieder von der Regierung ernannt werden und die beiden anderen den Allgemeinen Griechischen Arbeitnehmerverband bzw. die Arbeitgeberverbände vertreten. Eine der herausragenden Aktivitäten dieses Gremiums bestand bislang darin, dass es sich für Massenentlassungen einsetzte...

Gleichzeitig wird es für die Arbeitgeber möglich, die vorgeschriebenen Ruhetage am Samstag und Sonntag abzuschaffen, einfach auf der Grundlage von unternehmensspezifischen Arbeitsverträgen. Es liegt auf der Hand, dass derartige Maßnahmen das Konzept der Überstunden praktisch aushebeln und ihre Vergütung drastisch reduzieren. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass nach dem Gesetz Nr. 4722/2020 ein Arbeitnehmer, der eine bestimmte Zeit in Quarantäne verbringen muss, dem Arbeitgeber die Hälfte dieser Zeit mit unbezahlten Überstunden "zurückzahlen" muss! Damit sind die Grundlagen für eine 66-Stunden-Woche gelegt. Diese Maßnahme zeigt auch, dass sowohl der Staat als auch die Arbeitgeber das Fernbleiben von der Arbeit aufgrund von Quarantäne als Absentismus oder als nicht angemeldeten Streik behandeln.

Aber auch etwas anderes ist erwähnenswert: Nach den jüngsten Sondermaßnahmen müssen die Arbeitgeber unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung die (dezimierte) Arbeitsaufsichtsbehörde nicht mehr unverzüglich über die Dienstpläne ihrer Mitarbeiter informieren [=Arbeitszeitdokumentationspflicht]. Was dies für die bereits deregulierten Arbeitszeitregelungen bedeuten wird, können wir uns alle vorstellen.<sup>1</sup>

- Die **Angleichung der gesetzlichen Überstundenobergrenze in allen Branchen** - nach oben - auf 120 Stunden pro 6-Monatszeitraum. Diese Maßnahme demontiert die Arbeitszeit von Arbeitnehmern in Industrie und Handwerk, da für sie die gesetzliche Höchstgrenze pro Halbjahr bei ... 48 Stunden, d.h. ihre Chefs können ihnen pro Arbeitswoche 4 Überstunden mehr auferlegen, ohne Rücksicht auf die sozialen Bedürfnisse der Arbeitnehmer, die jetzt noch unverhohlener als bloße "Komponenten" im Produktionsprozess betrachtet werden, ohne eigene Freizeit zu haben. Mit dieser Maßnahme wird das Angebot an Arbeitskräften noch stärker an den konjunkturellen Produktionsbedarf des jeweiligen Unternehmens gebunden.
- Die **Umgehung von Tarifverträgen**, indem das "Recht" auf "individuelle Verhandlungen" mit dem Chef zur Festlegung der "individuellen Arbeitszeit und des Lohnsatzes" eingeführt wird. Wir alle wissen sehr gut, was "individuelles Aushandeln

---

<sup>1</sup> Nach Angaben des GSEE (Allgemeiner Verband der griechischen Arbeitnehmer) war der inländische Arbeitsmarkt bereits vor der "Coronavirus-Pandemie" von der "Pandemie unbezahlter Überstunden" betroffen, da 73 % der Beschäftigten Überstunden leisteten, während der entsprechende Prozentsatz in einigen Sektoren wie dem verarbeitenden Gewerbe und dem Verkehrswesen bei über 80 % lag".  
Siehe: Die griechische Wirtschaft und Beschäftigung (Jahresbericht), 2020, S. 73

mit dem Chef" in der Regel bedeutet und welche Art von Druck auf die Arbeitnehmer ausgeübt werden kann - dies ist wahrscheinlich das, was unser guter Ministerpräsident meinte, als er von Arbeitnehmern sprach, die selbst in flexiblere Arbeitszeiten "einwilligen".

Diese "Option" der individuellen Aushandlung der Arbeitszeit wird auch die zeitliche Begrenzung des **Bereitschaftsdienstes für Telearbeiter** betreffen, d.h. die Zeiträume, in denen der entsandte Arbeitnehmer in Bereitschaft sein muss, aber auch die Fristen, innerhalb derer er sich melden muss, wenn er vom Chef zur Arbeit gerufen wird. Auch hier lässt sich leicht erahnen, welche Art von "Vereinbarungen" sich daraus ergeben werden, besonders unter den derzeitigen Umständen.

- Die Möglichkeit für Chefs, **Heimarbeit einfach unter Berufung auf "Gesundheitsrisiken" zu erzwingen**. Der neue Gesetzesentwurf sieht den Einsatz von Kontroll- und Überwachungssystemen für die Arbeit der Fernarbeitnehmer vor, ausgenommen Kameras, wenn - und hier müssen wir lachen -
  - a) sie mit den Rechtsvorschriften "über den Schutz personenbezogener Daten" vereinbar sind,
  - b) die betrieblichen Erfordernisse des Unternehmens ihren Einsatz notwendig machen und
  - c) ihr Einsatz auf den vorgesehenen Zweck, d.h. die Überwachung der Telearbeit, beschränkt ist!
- **Ermutigung zur Erpressung durch die Arbeitgeber**, da die Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten der Rechtsprechung der Arbeitsaufsichtsbehörde entzogen wird; auf der Grundlage der Vereinbarungen im 7. "verstärkten Überwachungsbericht", der vor kurzem von der EU-Kommission gebilligt wurde – wird die Lösung von arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen der OMED (Organisation für Schlichtung und Schiedsverfahren) übertragen, die von den Arbeitgebern dominiert wird und über keinerlei Kontrollmechanismen verfügt. Gleichzeitig wird ein neuer Rahmen für die Einreichung von Anträgen bei der OMED und schließlich die zweite Stufe des Schiedsverfahrens (d. h. Berufung gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts) geschaffen. Die Berufungsmöglichkeiten, d.h., die zweite Stufe des Schlichtungsverfahrens, wird gänzlich gestrichen.
- Die **Isolierung entlassener Arbeitnehmer** während der gesamten Kündigungsfrist, während die Notwendigkeit, die Entlassung formell zu begründen, (für die Chefs) bereits abgeschafft wurde, und die entsprechenden Entschädigungen, sofern es sie gibt, wurden drastisch reduziert.
- Außerdem stehen neue Änderungen des Gesetzes 1264/1982 bevor, die sich auf gewerkschaftliche Funktionen wie die Ausrufung eines Streiks beziehen. Bereits unter der SYRIZA-Regierung (2015-2019) wurden die Voraussetzungen, unter denen ein Streik ausgerufen werden kann, deutlich verschärft. Sie führte die Bedingung ein, dass 50 % + 1 der aktiven Gewerkschaftsmitglieder dem Streik zustimmen. Nun ermöglicht die Regierung auch die Fernbeteiligung an der Abstimmung durch elektronische Stimmabgabe.
- Während diese letzte Maßnahme die Ausrufung von Streiks in den Betrieben, in denen sie noch möglich sind, erheblich erschwert, untergräbt der neue Gesetzentwurf teilweise das eigentliche Wesen von Streiks: In den sogenannten "lebenswichtigen" Sektoren des privaten und öffentlichen Sektors wird vorschreibt, dass das "Mindestdienstpersonal" während des Streiks mindestens 40 % (!) der Gesamtbelegschaft betragen muss. D.h., dass die Regierung vorsorglich die Einberufung eines Teils der Streikenden vorschreibt, während sie gleichzeitig drastische Maßnahmen wie die Besetzung von Einrichtungen und das Blockieren von

Toren verbietet und den Vorwurf der "Ausübung psychischer oder physischer Gewalt" (gegenüber den Chefs, den Streikbrechern, den Polizisten, wer weiß?) einführt, aufgrund dessen Streiks für illegal erklärt werden.

Aber das ist noch nicht alles: Das Durchschnittsgehalt ist im Vergleich zum zweiten Quartal 2019 bereits um etwa 10 % gesunken (von 885 Euro auf 802 Euro)<sup>2</sup> und nach den jüngsten Daten der griechischen Statistikbehörde ELSTAT beläuft sich der Gesamtrückgang der Arbeitnehmergehälter im zweiten Quartal 2020 auf 1,3 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Nun müssen 72,9 % (!) aller Beschäftigten in Griechenland mit weniger als 1.000 Euro netto im Monat auskommen,<sup>3</sup> während die Arbeitslosen... überhaupt nicht über die Runden kommen: Selbst unter den registrierten Langzeitarbeitslosen erhält nur jeder Fünfte das kürzlich angekündigte Notgeld von 400 Euro.

Vor diesem Hintergrund plant die Regierung einen weiteren Angriff auf die Einnahmen der Sozialversicherungen: sowohl durch die bevorstehende Senkung des Durchschnittslohns - der Mindestlohn wurde bereits eingefroren und wird erst irgendwann im Jahr 2021 neu festgelegt [er wurde schließlich am 1.1.2022 um 2 % erhöht] - als auch durch die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge in der Privatwirtschaft um 3 %.

Nach dem Haushaltsentwurf für 2021, der vor einigen Tagen zur Diskussion gestellt wurde, wird sich diese Senkung auf 650 Millionen Euro belaufen und neben den Versicherungsfonds auch die Mittel der OAED (Nationale Agentur für Arbeit) um 40 % (von 1,7 Milliarden Euro auf 1 Milliarde) reduzieren, Verluste, die durch staatliche Subventionen, d.h. durch unsere Steuern, gedeckt werden sollen. Die Mittel für die Arbeitslosen werden ebenfalls um 38 % gekürzt (von 2,15 Mrd. Euro auf 1,33 Mrd. Euro), und dies trotz des bereits sichtbaren Anstiegs der Arbeitslosigkeit, der sich natürlich fortsetzen wird.

Die staatlichen Ausgaben für die Renten werden gesenkt. Dies geschieht nach der Pause in diesem Jahr, in der sie aufgrund der Entscheidungen über die rückwirkende Zahlung bestimmter Beträge an einige Kategorien von Rentnern gestiegen sind - rückwirkende Zahlungen, die wohlgerne zwar gewährt, aber gekürzt wurden. Konkret werden die Ausgaben für die primären (staatlichen) Renten um 2,1 Milliarden Euro gekürzt, während die Ausgaben für die Zusatzrenten um 127 Millionen gekürzt werden. Diese Kürzungen sind sogar so stark, dass die Gesamtausgaben für die Renten unter das entsprechende Niveau von 2019 fallen dürften.<sup>4</sup>

Die oben beschriebene Politik der Rentenkürzungen ist das Ergebnis der zehnjährigen Politik der Memoranden, die, wie wir sehen können, bis heute ungebremst weitergeht. Tatsächlich wurde ein neuer Angriff auf die Renten angekündigt, indem der zusätzliche Teil der staatlichen Rente durch private Rentenfonds ersetzt werden soll, und zwar über individuelle oder betriebliche Arbeitsverträge. Diese Maßnahme wird zunächst für die "Neuversicherten" verpflichtend sein, aber auch die Älteren betreffen, da die geplante Verringerung der Einnahmen der Rentenkassen aus den Versicherungsbeiträgen zu erheblichen Kürzungen der derzeitigen Zusatzrenten führen wird (siehe Memorandum-Klausel, die besagt, dass das Rentenniveau die "Lebensfähigkeit" der Kassen gewährleisten muss), wodurch mehr Arbeitnehmer zu "individuellen Versicherungslösungen" gedrängt werden.

---

<sup>2</sup> Ibid., p. 82

<sup>3</sup> Ibid.

<sup>4</sup> Nicht nur die Rentenausgaben werden gekürzt. Mitten in der Pandemie werden auch die staatlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen um 570 Mio. € bzw. 12 % gekürzt (von 4,8 Mrd. € auf 4,25 Mrd. €), ebenso wie die Notfallausgaben für die Pandemie: von 523 Mio. € in diesem Jahr auf nur noch 131 Mio. € im Jahr 2021 (Kürzung um 75 %). Dafür sind die Ausgaben für militärische Ausrüstung um 30 % gestiegen.

## Die unternehmerische Universität...

*...und die neuen "Einfriedungen" um sie herum*

*"Akademisches Asyl hat für uns keinen Platz in der öffentlichen griechischen Universität, so wie es heute angewendet wird. Die gleichen Regeln, die für jeden öffentlichen Raum im Land gelten, werden auch für die öffentliche Universität gelten. Die Behörden werden in der Lage sein, von sich aus bei jeder Straftat einzugreifen, die an der Universität begangen wird. Das ist eine Idee, die wir diskutieren wollen. Wir erwägen die Einführung eines Einreisekontrollsystems an den akademischen Einrichtungen. Mir ist keine Universität im Ausland bekannt, die nicht über eine Zugangskontrolle verfügt".*

N. Kerameus. Minister für Bildung und religiöse Angelegenheiten,

10. Juli 2019 auf SKAI TV

Der Staat, der - genau wie wir - die Universitäten als potenzielle Zentren des Kampfes gegen die staatliche Verwaltung der Pandemie erkannt hatte, nutzte die Panik, die er selbst um die Pandemie herum kultiviert hatte. Er schloss die Einrichtungen bei der ersten Gelegenheit, indem er bereits im vergangenen März das Fernstudium und in der Prüfungsperiode des Frühjahrssemesters Fernprüfungen vorschrieb.

Die staatliche Verwaltung der Arbeitsbedingungen der Universitäten war unserer Klasse gegenüber völlig aggressiv. Man muss bedenken, dass die Unis ihre Funktion als wiederaneignete öffentliche Räume und Kampffelder, in denen Versammlungen, Veranstaltungen und migrantische Hausbesetzungen untergebracht waren, vollständig aufgab, während gleichzeitig alle Anstrengungen unternommen wurden, um die Einstellung jeglicher Geschäftstätigkeit zu verhindern, die dank der unbezahlten Arbeit von Studenten oder der schlecht bezahlten Arbeit von Doktoranden und Forschungsmitarbeitern durchgeführt wird.

Das **Fernstudium**, das seit März allgemein eingeführt wurde und bis heute andauert, ist eine klare Waffe zur weiteren Individualisierung der Studenten, die gezwungen werden, isoliert zu Hause zu bleiben.

Die disziplinarisch-repressive Dimension des Fernunterrichts wird dadurch deutlich, dass die Regierung zwar ihre Maßnahmen von Mai bis zum 6.11.2020 gelockert hatte, die Universitäten aber während dieses Zeitraums immer wieder geschlossen wurden. Es ist auch bezeichnend, dass während der Schließung im Frühjahr nicht einmal eine Woche seit der Schließung der Universitäten vergangen war, als das Ghini-Gebäude [in der Nationalen Technischen Universität von Athen, ein Ort, der seit Jahren ein Zentrum des Kampfes war und in dem Immigranten lebten] geräumt wurde.

Auf die Räumung des Ghini-Gebäudes folgte eine neue Reihe repressiver Maßnahmen, wie der Versuch, die Studentenwohnheime zu räumen und die aggressive Vertreibung aller dort lebenden Studenten, sowie die Sabotage des "espiv"-Servers, der in der Panteion-Universität untergebracht ist. Wir möchten an dieser Stelle anmerken, dass diese aggressiven Maßnahmen der Regierung schließlich durch realen, physischen und persönlichen Aktivismus abgewehrt werden konnten. Natürlich nur vorübergehend, denn mit der Durchsetzung der neuen Abriegelung wird erneut versucht, die Studenten aus den Studentenwohnheimen zu vertreiben, wie wir aus Beschwerden von Studenten in Komotini (Nordgriechenland) erfahren haben, die bei ihrer Abreise sogar aufgefordert werden, ihr gesamtes Hab und Gut abzuholen.

Das Fehlen dieses physischen, persönlichen Aktivismus, die Tatsache, dass die Universitätsgebäude durch die verstärkte studentische Arbeit und die politische Verwaltung

der Pandemie durch den Staat und insbesondere die Einführung des Fernstudiums leblos und leer geworden sind, die Eskalation der repressiven Gewalt während der zweiten Phase der Biopolitik der Enge, die Abschaffung des akademischen Asyls und die allgemeine Kommerzialisierung der Universität ermöglichten die gleichzeitige Invasion von Hunderten von Polizisten aller Art (DELTA-, OPKE-, EKAM-Einheiten) zur Räumung der historischen Polytechnischen Schule im Stadtzentrum und die Besetzung des Rektorats der Nationalen Technischen Universität Athen durch die Studenten am 13.11.2020.

Dieser Angriff auf die Versammlung von Arbeitern und Studenten an der Polytechnischen Schule und die Besetzung des NTUA-Rektorats auf dem Polytechnischen Campus führte zur Verhaftung von insgesamt 92 Aktivisten, die sich der Aussperrung durch die NTUA widersetzen und die Universität inmitten einer allgemeinen Abriegelung offen hielten. Sie forderten, die dreitägigen Feierlichkeiten und die Demonstration am 17. November (der Tag, der für den Aufstand gegen die Militärdiktatur im Jahr 1973 wegweisend war) wie üblich durchzuführen.

Neben den E-Learning-Kameras, die wir zu Hause haben, wurde versucht, Kameras in den Klassenzimmern und jetzt auch an den Universitäten einzuführen. Und nicht nur das. Bei dem jüngsten Treffen der Rektoren der Universitäten mit dem Premierminister und dem Bildungsminister schlug die Regierung vor, Schranken und Kameras an den Eingängen der Fakultäten einzuführen, eine spezielle Polizeieinheit zu deren Schutz einzurichten und die Strafen für Studenten zu verschärfen, die in den Räumen der "Universitätsgemeinschaft" straffällig werden. Die Rektoren, die die Rolle des "guten Polizisten" spielten, lehnten die Verschärfung der Strafen mit der Begründung ab, dass der bereits bestehende strenge Rechtsrahmen ausreichend sei, erklärten jedoch, dass sie mit der Einrichtung einer speziellen Polizeieinheit einverstanden seien, solange diese der Universitätsverwaltung und nicht dem Ministerium für Bürgerschutz unterstellt sei.

Dennoch scheint die Regierung der polizeilichen Überwachung der Universität ganz besondere Priorität einzuräumen. Deshalb kündigte der Bildungsminister N. Kerameus nur wenige Tage nach der Entscheidung der Rektoren die Wiedereinstellung von 1.500 Sonderwächtern durch das Ministerium für Bürgerschutz an. Die "Universitätsschutzinheit", wie sie genannt wird, wird ihren Sitz auf dem Universitätsgelände haben, dem Ministerium für Bürgerschutz unterstehen und (bestimmten) Hochschuleinrichtungen zugewiesen werden. Einzelheiten über die genauen Merkmale dieser Einheit sind noch nicht bekannt.

Eine neuere Entwicklung bei den Bemühungen um die Überwachung und Durchsetzung von Einschlüssen in der Universität ist der Beschluss des Rektorats der Universität Athen, Einlasskontrollen an den Eingängen der Studentenwohnheime durchzuführen und Aufzeichnungen über die Personen zu führen, die die Universität betreten - angeblich zum "Schutz der Gesundheit" der dort lebenden Studenten. Das ist kein Zufall, da die Studentenwohnheime in den letzten Monaten die Hauptorte waren, an denen politische Aktivitäten und Versammlungen – nicht nur von Studenten – stattfinden konnten.

Mit der Umzäunung der Universitäten mit Polizisten, Wachleuten und Eingangssperren und der vollständigen Kontrolle ihres Inneren wird versucht, die Funktion der Universitäten vom Gegengewicht jeglicher angewandter proletarischer Kritik zu befreien, so dass sie nichts weiter als Fabriken sind, die eine wichtige Ware produzieren, nämlich spezialisierte Arbeitskraft. Letztere besteht aus strukturierten Fähigkeiten und Kenntnissen, die vom Kapital im Rahmen des entfremdenden produktiven Arbeitsprozesses ausgebeutet werden können, sei es bezahlt oder unbezahlt.

Wir verstehen also sehr gut, wozu die Polizei und die Kameras in den Universitäten da sind, um sie zu schützen, indem sie die so genannten "Hooligan-Terroristen" als Vorwand

benutzen, so wie sie in der Vergangenheit Migranten und Drogenabhängige benutzt haben. Die Polizisten und die Kameras schützen die Versuche, immer weiter zunehmende „Unternehmerisierung“ der universitären Funktionen, die Hand in Hand geht mit der (präventiven) Unterdrückung jeglicher Aussicht auf antagonistische Aktivitäten innerhalb der Universitäten.

Mit anderen Worten, sie versuchen, den ungehinderten Betrieb der Universitäten als Unternehmen zu erhalten, die von der Ausbeutung unbezahlter und bezahlter studentischer Arbeit profitieren (von der unbezahlten Vorbereitung unserer Arbeitskraft im Grundstudium über unbezahlte Praktika bis hin zu schlecht bezahlter Forschungsarbeit).

Forschungsprogramme, deren Hauptfunktion die Ausbeutung der studentischen Arbeitskraft ist, sind organisierte Kooperationen mit dem privaten Wirtschaftssektor, der Armee und der Polizei. Die NTUA (Nationale Technische Universität Athen) ist bekannt für ihre Forschung in den Bereichen Grenzschutz, Repression und militärische Ausrüstung (siehe die Forschungsprogramme Ranger, Andromeda, Ingenious und Prevision), aber auch für ihre umfangreiche Zusammenarbeit mit anderen internationalen Universitäten und den größten in Griechenland tätigen Unternehmen. Um nur ein Beispiel zu nennen, sei hier die Forschung zur Entwicklung von Windparks oder die Ausbeutung der Energiereserven an Erdgas und Kohlenwasserstoffen. Der Grund dafür, dass wir dieses spezielle Beispiel neben vielen anderen anführen - allein die NTUA führt mehr als 1.500 Forschungsprojekte durch - ist, dass die Regierung inmitten einer Abriegelung die Verabschiedung eines Gesetzes vorangetrieben hat, das unter anderem den Abbau von Kohlenwasserstoffen in Gebieten erlaubt, die im Rahmen des "Natura 2000"-Netzes geschützt sind, während sie gleichzeitig die Universitäten für die Studenten geschlossen hielt, damit die entsprechende Forschung nicht in Frage gestellt oder behindert wird.

Neben der Forschung, die den wichtigsten Teil der unternehmerischen Tätigkeit in den Universitäten ausmacht, wird diese auch durch eine Reihe von Subunternehmern hervorgehoben, die in den Universitäten tätig sind (siehe Subunternehmer für die Kantinen, die Restaurants und den Sicherheitsdienst), aber auch durch die Einführung der Industrie von Postgraduiertenkursen mit Studiengebühren und internationalen Master- oder Undergraduate-Programmen. Und vergessen wir nicht: Die "Europäisierung" und die Überwachung der Universitäten war eines der erklärten Hauptziele der (derzeit regierenden) Partei Neue Demokratie, bevor sie überhaupt an die Macht kam. Darüber hinaus war all das, was jetzt verkündet wird, ein langjähriges Ziel und Bestreben aller vorherigen Regierungen - wenn auch vielleicht nicht auf dieselbe grobe und überstürzte Weise. Gegenwärtig lässt die Regierung die "Theorie der zwei Extreme" geschickt wieder aufleben, nachdem das eine "Extrem" verurteilt wurde (d.h. der Prozess gegen die „Goldene Morgenröte“ [faschistische Partei]). Dabei macht sie sich einerseits den fast nicht vorhandenen sozialen Widerstand an den Universitäten (aufgrund des Fernstudiums) gegen die staatliche Verwaltung der Pandemie zunutze und andererseits die politischen Spekulationen um einen kollektiven Akt aggressiver Verhöhnung des Rektors der Athener Universität für Wirtschaft und Handel (ASOEE) nach der jüngsten Räumung eines besetzten Hauses in dieser Einrichtung.

Schließlich wird der unternehmerische Charakter der Universität auch durch die Bemühungen um die Disziplinierung der Studenten durch die geplante Durchsetzung der "n + 2"-Regel unterstrichen, die die Abschaffung des Studentenstatus zwei Jahre nach der formalen Lehrplandauer vorsieht. Die "n + 2"-Regel, wie auch alle anderen oben erwähnten Merkmale der unternehmerischen Universität, schmiedet den gehorsamen Arbeitnehmer von morgen, der schnell und produktiv sein muss, der in der Lage ist, Arbeit und Studium miteinander zu verbinden, ohne Zeit für etwas anderes zu haben, und der bereit ist, in den verschärften, wettbewerbsorientierten und prekären Arbeitsmarkt einzutreten.

Es reicht also nicht aus, dass wir an den Universitäten unbezahlt arbeiten, sondern wir müssen dies nun auch in dem vom Staat geforderten Tempo und mit der geforderten Intensität in einem von Kameras überwachten und von Polizisten umstellten Raum tun.

### **Während sich die Bosse also von allen Seiten auf uns stürzen...**

...müssen wir heute die Krise zum Nutzen der Arbeiterklasse ausnutzen; wir müssen unter den Bedingungen der Aussetzung der formalen, verfassungsmäßigen Legalität für die Befriedigung unserer unmittelbaren Bedürfnisse kämpfen!

...lassen Sie uns diejenigen sein, die fordern:

**ERHÖHUNG DER SOZIALAUSGABEN FÜR GESUNDHEIT UND BILDUNG!**

**BESCHLAGNAHMUNG ALLER PRIVATEN KLINIKEN OHNE ENTSCHÄDIGUNG FÜR IHRE KAPITALISTISCHEN BESITZER!**

**DIE MAUERN ALLER FORMEN DER EINSPIERRUNG NIEDERZUREISSEN: IN HEIMEN, IN SCHULKÄFIGEN, IN INTERNIERUNGSLAGERN, IN GEFÄNGNISSEN!**

**VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEITEN. LOHN- UND RENTENERHÖHUNGEN!**

**GARANTIERTER SOZIALLOHN FÜR ALLE! NIEMANDEM DÜRFEN DIE GRUNDLEGENDEN LEBENSBEDÜRFNISSE VORENTHALTEN WERDEN!**

**DER POLIZEISTAAT DARF WEDER IN DEN SCHULEN, NOCH AUF DEN PLÄTZEN, NOCH AUF DEN STRASSEN BESTEHEN. LASST UNS DEN ÖFFENTLICHEN RAUM VON STAAT UND KAPITAL ZURÜCKEROBERN!**

**SCHLUSS MIT DER ISOLATION DURCH FERNARBEIT UND FERNLERNEN. SCHALTET DIE BILDSCHIRME AUS, DAMIT DIE KÄMPFE BEGINNEN KÖNNEN!**

**OFFENE UNIVERSITÄTEN UND SCHULEN; NIEDRIGE KLASSENGRÖSSEN!**

**NUR WIR WERDEN UNIVERSITÄTEN UND SCHULEN SCHLIESSEN, MIT UNSEREN KÄMPFEN, FÜR UNSERE EIGENEN BEDÜRFNISSE!**

**SOLIDARITÄT MIT DEN VERHAFTETEN AN DER POLYTECHNISCHEN SCHULE!**



\* Metro, Arbeit, Schlaf – Wir sind keine Roboter!